

fühlen. Seitdem das Jugendheim im Zentrum des Jugendlebens steht, wird in Klosterfelde kein Boogie Woogie mehr getanzt. Die Texas-hemden und -schlipse sind verschwunden.

Durch die fürsorgliche Hilfe der Partei wurde die Freie Deutsche Jugend gestärkt und hat an Autorität gewonnen.

Als Mitglied der Betriebsparteileitung habe ich einen Parteiauftrag erhalten. Meine Aufgabe ist es, der vor einem Monat gegründeten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in Ruhlsdorf, Kreis Bernau, die den stolzen Namen „IV. Parteitag“ trägt, durch Anleitung zu helfen. Auch hier hat die Freie Deutsche Jugend unseres Betriebes die Aufgabe übernommen, der FDJ-Gruppe, die Ende April erstmalig an einem Kulturwettbewerb im Kreis Bernau teilnimmt, beim Einüben ihres Kulturprogramms zu helfen.

Auch unsere Jüngsten wurden nicht vergessen. Die Kandidaten und Jugendfreunde unseres Betriebes Günter Graf und Walter Kuschinski haben ihren Auftrag in der Grundschule Klosterfelde durchgeführt und bis jetzt den Mitgliederstand der Jungen Pioniere innerhalb von zwei Monaten von 80 auf 172 Pioniere erhöht. (Beifall.)

Die Genossen unseres Betriebes begrüßen die Beschlüsse des 17. Plenums des Zentralkomitees. Sie haben die großen Aufgaben, die ihnen durch den Beschluß gestellt worden sind, erkannt. Dies zeigten meine wenigen Ausführungen.

Es muß in unserer Partei mit der zögernden Durchführung des Beschlusses „Industriearbeiter aufs Land!“ Schluß gemacht werden! Ich bin der Meinung, man sollte nicht nur von der Bedeutung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft reden, sondern dieses Bündnis durch die Tat verwirklichen. Aus diesem Grunde haben meine Frau, meine sechzehnjährige Tochter und ich den Entschluß gefaßt, aufs Land zu gehen, um in der LPG „IV. Parteitag“ in Ruhlsdorf im Kreis Bernau Genossenschaftsbauern zu werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Pisnik*: Das Wort hat nun Genosse Karl Neeb aus Hamburg.

*Karl Neeb*: Genossinnen und Genossen! Als Hamburger Metallarbeiter möchte ich zu einer Frage aus dem Rechenschaftsbericht Stellung nehmen, nämlich zur Abwälzung der Kosten der EVG-Politik